

Kassel, 17. Dezember 2012

Niederschrift
über die **6. öffentliche Sitzung**
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
am Donnerstag, 29. November 2012, 17:00 Uhr,
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder

Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU
Dr. Manuel Eichler, 2. stellvertretender Vorsitzender, SPD
Doğan Aydın, Mitglied, SPD
Gabriele Jakat, Mitglied, SPD
Monika Sprafke, Mitglied, SPD (Vertretung für Norbert Sprafke)
Harry Völler, Mitglied, SPD
Dr. Andreas Jürgens, Mitglied, B90/Grüne
Thomas Koch, Mitglied, B90/Grüne
Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne
Boris Mijatovic, Mitglied, B90/Grüne
Wolfram Kieselbach, Mitglied, CDU
Birgit Trinczek, Mitglied, CDU
Axel Selbert, Mitglied, Kasseler Linke
Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, parteilos (ab 17.30 Uhr/TOP 5.1)

Teilnehmer mit beratender Stimme

Luigi Zisa, Vertreter des Ausländerbeirates

Magistrat

Jürgen Kaiser, Bürgermeister, SPD

Schriftführung

Andrea Turski, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Frank Oberbrunner, 1. stellvertretender Vorsitzender, FDP

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Carola Metz, Kulturamt
Rolf Hedderich, Kämmerei und Steuern
Helmut Freudenstein, Kämmerei und Steuern
Roland Beth, Rechtsamt
Ferdinand Peter, Rechtsamt
Kirsten Wagner, Rechtsamt
Bärbel Schröder, Ordnungsamt
Dr. Ute Giebhardt, Frauenbüro

Tagesordnung:

1. Gründung der Grimm-Welt Kassel gGmbH 101.17.688
2. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Kassel und der
Gemeinde Calden über die Bildung eines gemeinsamen
Pflichtfahrgebietes für den Verkehr mit Taxen 101.17.703

3.	Satzung zur Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Kassel (Abwasser- und Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung) vom 20.06.2011 in der Fassung der Ersten Änderung vom 27.02.2012 (Zweite Änderung)	101.17.704
4.	Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate, auf das Spielen um Geld oder Sachwerte und auf Vergnügen besonderer Art im Gebiet der Stadt Kassel vom 13.11.1995 (Fünfte Änderung)	101.17.712
5.	Gefahrenabwehrverordnung über die Anleinplicht für Hunde in der Stadt Kassel (Kasseler Hundeverordnung - KHVO-)	101.17.713
5.1	Volkshochschule Region Kassel 1. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung	101.17.716
6.	Straßenbeiträge für Eisenbahnweg	101.17.565
7.	Einrichtung einer anonymen Spurensicherung	101.17.590
8.	Häusliche Gewalt	101.17.599
9.	Trennung und Scheidung	101.17.600
10.	Nachträgliche Aufhebung von Bußgeldbescheiden wegen unzulässiger Geschwindigkeitsmessenanlagen	101.17.667
11.	Moscheeverein und Trinkraum	101.17.708

Vorsitzender Kortmann eröffnet die mit der Einladung vom 22.11.2012 ordnungsgemäß einberufene 6. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Der Magistrat beantragt, die Tagesordnung um folgenden Punkt zu ergänzen:

Volkshochschule Region Kassel
1. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung
Vorlage des Magistrats
101.17.716

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Kassel (2/3-Mehrheit) bei Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU

Ablehnung : --

Enthaltung : Kasseler Linke

Abwesend : FDP, Piraten

den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der Tagesordnung um den Antrag des Magistrats, betr. Volkshochschule Region Kassel, 1. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, 101.17.716, wird zugestimmt.

Auf Antrag von Stadtverordnetem Dr. Eichler, SPD-Fraktion, wird der Tagesordnungspunkt

6. Straßenbeiträge für Eisenbahnweg

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.565 -

abgesetzt.

Die geänderte Tagesordnung wird von Vorsitzendem Kortmann festgestellt.
Vorsitzender Kortmann teilt mit, dass das Ende der heutigen Sitzung auf 18.45 Uhr festgesetzt wird, da einige Ausschussmitglieder Anschlusstermine haben.

1. Gründung der Grimm-Welt Kassel gGmbH

Vorlage des Magistrats
- 101.17.688 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Gründung der Grimm-Welt Kassel gemeinnützigen GmbH mit einem Stammkapital in Höhe von 25.000 € entsprechend des in der Anlage 1 beigefügten Entwurfes des Gesellschaftsvertrages wird zugestimmt.
2. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form rechtsverbindlich abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: FDP, Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Gründung der Grimm-Welt Kassel gGmbH, 101.17.688, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Manuel Eichler

2. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Kassel und der Gemeinde Calden über die Bildung eines gemeinsamen Pflichtfahrgebietes für den Verkehr mit Taxen

Vorlage des Magistrats
- 101.17.703 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die als Anlage beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Kassel und der Gemeinde Calden über die Bildung eines gemeinsamen Pflichtfahrgebietes für den Verkehr mit Taxen soll abgeschlossen werden.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: FDP, Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Kassel und der Gemeinde Calden über die Bildung eines gemeinsamen Pflichtfahrgebietes für den Verkehr mit Taxen, 101.17.703, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Andreas Jürgens

3. **Satzung zur Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Kassel (Abwasser- und Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung) vom 20.06.2011 in der Fassung der Ersten Änderung vom 27.02.2012 (Zweite Änderung)**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.704 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Kassel (Abwasser- und Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung) vom 20.06.2011 in der Fassung der Ersten Änderung vom 27.02.2012 (Zweite Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: FDP, Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Kassel (Abwasser- und Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung) vom 20.06.2011 in der Fassung der Ersten Änderung vom 27.02.2012 (Zweite Änderung), 101.17.704, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Wolfram Kieselbach

4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate, auf das Spielen um Geld oder Sachwerte und auf Vergnügen besonderer Art im Gebiet der Stadt Kassel vom 13.11.1995 (Fünfte Änderung)

Vorlage des Magistrats

- 101.17.712 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate, auf das Spielen um Geld oder Sachwerte und auf Vergnügen besonderer Art im Gebiet der Stadt Kassel vom 13.11.1995 in der Fassung der Vierten Änderung vom 20.06.2011 (Fünfte Änderung) in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: FDP, Piraten

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate, auf das Spielen um Geld oder Sachwerte und auf Vergnügen besonderer Art im Gebiet der Stadt Kassel vom 13.11.1995 (Fünfte Änderung), 101.17.712, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Axel Selbert

5. Gefahrenabwehrverordnung über die Anleinplicht für Hunde in der Stadt Kassel (Kasseler Hundeverordnung - KHVO-)

Vorlage des Magistrats

- 101.17.713 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Gefahrenabwehrverordnung über die Anleinplicht für Hunde in der Stadt Kassel (Kasseler Hundeverordnung - KHVO -) in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: FDP, Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Gefahrenabwehrverordnung über die Anleinplicht für Hunde in der Stadt Kassel (Kasseler Hundeverordnung - KHVO-), 101.17.713, wird **zugestimmt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Dogan Aydin

5.1 Volkshochschule Region Kassel

1. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung

Vorlage des Magistrats
- 101.17.716 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Dem als Anlage beigefügten Entwurf zur ersten Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die gemeinsame Erfüllung der Aufgaben gem. § 8 Absatz 3 des Gesetzes zur Förderung der Weiterbildung und des lebensbegleitenden Lernens im Lande Hessen (Hessisches Weiterbildungsgesetz – HWBG) wird zugestimmt.
2. Dem als Anlage beigefügten Entwurf eines Personalgestellungsvertrages über die Bereitstellung eines Vollzeitäquivalents durch den Landkreis Kassel für das Servicecenter der Stadt Kassel wird zugestimmt.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Piraten
Ablehnung: --
Enthaltung: CDU, Kasseler Linke
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Volkshochschule Region Kassel 1. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, 101.17.716, wird **zugestimmt**.

➤ **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

In der 1. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Kassel, vertreten durch den Magistrat, und dem Landkreis Kassel, vertreten durch den Kreisausschuss, wird Ziffer 6: „„§ 7 Beirat“ wird gestrichen, Die §§ 8 und 9 werden neu zu §§ 7 und 8.erhalten bleiben.“ gestrichen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, Piraten

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU

Enthaltung: --

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke zum Antrag des Magistrats betr. Volkshochschule Region Kassel 1. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, 101.17.716, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Dorothee Köpp

6. Straßenbeiträge für Eisenbahnweg

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.565 -

Abgesetzt.

7. Einrichtung einer anonymen Spurensicherung

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

- 101.17.590 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. beim Klinikum Kassel die Möglichkeit einer anonymen Spurensicherung – vergleichbar zu den entsprechenden Projekten der Städte Bochum, Herne, Bremen, Bonn, Köln – einzurichten, und zwar insbesondere für Frauen und Kinder, die Opfer einer (sexuellen) Gewalttat geworden sind;
2. dies bei den Trägern der übrigen größeren Kliniken im Stadtgebiet mit gleicher Zielrichtung anzuregen.

Die Fraktionen der SPD und B90/Grüne ändern ihren gemeinsamen Antrag wie folgt.

➤ **Geänderter gemeinsamer Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert **zu prüfen, ob**

1. beim Klinikum Kassel eine anonyme Spurensicherung – vergleichbar zu den entsprechenden Projekten der Städte Bochum, Herne, Bremen, Bonn, Köln – **eingerrichtet werden kann**, und zwar insbesondere für Frauen und Kinder, die Opfer einer (sexuellen) Gewalttat geworden sind;
2. dies bei den Trägern der übrigen größeren Kliniken im Stadtgebiet mit gleicher Zielrichtung **angeregt werden kann**.

Hierüber soll im Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung berichtet werden.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Einrichtung einer anonymen Spurensicherung, 101.17.590, wird **zugestimmt**.

Stadtverordneter Selbert, Fraktion Kasseler Linke, bringt für seine Fraktion folgenden Änderungsantrag ein.

➤ **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. beim Klinikum Kassel die Möglichkeit einer anonymen Spurensicherung – vergleichbar zu den entsprechenden Projekten der Städte Bochum, Herne, Bremen, Bonn, Köln – einzurichten, und zwar insbesondere für Frauen und Kinder, die Opfer einer (sexuellen) Gewalttat geworden sind;
2. dies bei den Trägern der übrigen größeren Kliniken im Stadtgebiet mit gleicher Zielrichtung anzuregen.
3. **Die Finanzierung der anonymen Spurensicherung (Untersuchungsset, Aufbewahrung der Asservate, Schulungen des Personals...) wird durch die Stadt Kassel sichergestellt.**

4. **Die mit dem Thema befassten Kasseler Frauenprojekte, wie z. B. das Frauenhaus, Frauen informieren Frauen und der Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen, sollen in die Einrichtung der anonymen Spurensicherung einbezogen werden.**

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, Piraten
Enthaltung: --
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke zum geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Einrichtung einer anonymen Spurensicherung, 101.17.590, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Birgit Trinczek

8. Häusliche Gewalt

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.17.599 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung die Ergebnisse der Arbeitsgemeinschaft „Runder Tisch gegen häusliche Gewalt Region Kassel“ vorzustellen und die sich daraus ergebenden Vorgehensweisen insbesondere für die Stadt Kassel darzulegen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Häusliche Gewalt, 101.17.599, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Bernd Hoppe

9. Trennung und Scheidung

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.17.600 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, über das Konzept, bzw. die Umsetzung für eine Anlaufstelle für Alleinerziehende im Ausschuss Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung zu berichten.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Trennung und Scheidung, 101.17.600, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Axel Selbert

10. Nachträgliche Aufhebung von Bußgeldbescheiden wegen unzulässiger Geschwindigkeitsmessenlagen

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.667 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

11. Moscheeverein und Trinkraum

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.708 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 18:30 Uhr

Stefan Kortmann
Vorsitzender

Andrea Turski
Schriftführerin